

Ausschussvorlage WKA 18/16

vom 16.06.10

Bericht

**an den Ausschuss für Wissenschaft und Kunst
des Hessischen Landtags**

Berichts Antrag der Abg. Angela Dorn und Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Fraktion betreffend Nationales Stipendienprogramm-Gesetz Drs. 18/2312

Vorbemerkung der Fragesteller:

Die Bundesregierung plant die Einführung eines von Bund, Ländern und Privaten finanzierten nationalen Stipendienprogramms (NaStipG). Der Gesetzentwurf des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) liegt vor. Die Stipendien in Höhe von 300 € sollen je zur Hälfte aus privaten und öffentlichen Mitteln aufgebracht, der öffentliche Anteil von 150 € jeweils zur Hälfte von Bund und Ländern getragen werden. Das Gesetz soll nach dem aktuellen Zeitplan im Juni 2010 im Bundestag in zweiter und dritter Lesung beschlossen werden, Anfang Juli 2010 im Bundesrat behandelt werden und dann zum Wintersemester 2010/2011 in Kraft treten.

Die geplante Einführung eines nationalen Stipendienprogramms ist umstritten, weil befürchtet wird, dass ein solches Stipendienprogramm vor allem junge Menschen aus besser gestellten, bildungsnahen Familien fördern wird und damit keinen Beitrag zur sozialen Öffnung der Hochschulen leistet. Schon heute kommen 72 v.H. der Stipendiatinnen und Stipendiaten aus einkommensstarken Familien mit akademischem Hintergrund. Um die Chancengerechtigkeit des Bildungssystems zu erhöhen, wäre es daher dringend geboten, insbesondere diejenigen zu fördern, die nicht durch ihre Familie unterstützt werden können. Zu diesem Ergebnis kommt auch erneut die jüngst veröffentlichte Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks.

Vorbemerkung der Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Grundgedanke des Nationalen Stipendienprogrammgesetzes (NaStipG) ist es, dass Stipendienmittel, welche die Hochschulen dezentral bei Wirtschaft und Privaten einwerben, durch einen öffentlichen Zuschuss in gleicher Höhe aufgestockt werden. Vor dem Hintergrund der inzwischen veränderten ökonomischen Rahmendaten ist eine derartige Zielsetzung mit den Konsolidierungserfordernissen der öffentlichen Haushalte unvereinbar.

Grundsätzlich muss sichergestellt sein, dass der Bund in einer verbindlichen Form und unter Anerkennung der üblichen föderalen Strukturen den wesentlichen Teil der Aufwendungen finanziert.

Der Gesetzentwurf hat in seiner vorliegenden Form finanzielle Auswirkungen, die in der gegenwärtigen Haushaltslage nicht tragbar sind.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, werden die Fragen wie folgt beantwortet:

Frage 1 **Ist die Landesregierung der Auffassung, dass das geplante nationale Stipendienprogramm der Anforderung einer sozialen Öffnung der Hochschulen nachkommt, und plant sie, dem Programm im Bundesrat zuzustimmen?**

Das geplante nationale Stipendienprogramm ist grundsätzlich eine geeignete Maßnahme, um den Anteil der Studierenden, die ein Stipendium erhalten zu erhöhen und damit in Ergänzung zu den vorhandenen Instrumentarien der Ausbildungsförderung die Studienfinanzierung zu verbessern.

Im übrigen ist auf die Vorbemerkung zu verweisen.

Frage 2 **Was tut die Landesregierung derzeit, um mehr junge Menschen – insbesondere aus bildungsfernen Schichten – für ein Studium zu motivieren?**

Hessen nimmt bereits jetzt eine Spitzenposition unter den Flächenländern bei den Studienanfängern ein. Dies ergibt sich aus dem beigefügten Auszug des Statistischen Bundesamtes, Fachserie 11 (siehe Anlage).

Durch Beteiligung an der Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) sichert das Land das Recht auf Bildung sozial ab. Ziel der Ausbildungsförderung ist es, die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Studierenden zu verbessern. Entscheidend für ein erfolgreiches Studium ist die finanzielle Sicherheit. Jeder vierte Studierende in der Regelstudienzeit erhält heute Förderung nach dem BAföG. Im Vergleich zu 2007 ist der Anteil der Vollgeförderten um rund 10 % gestiegen und liegt nun bei 52,2 %. In der Gruppe der Vollgeförderten spiegelt sich insbesondere das Bildungsengagement der untersten Einkommenschichten wider.

Frage 3 **Hält die Landesregierung es bildungspolitisch für richtig, dass die Stipendien des geplanten nationalen Stipendienprogramms vor allem nach Begabung und Leistung vergeben werden sollen, statt auch den sozialen Hintergrund der Studierenden einzubeziehen?**

Die Vergabe der Stipendien soll nach Leistung und Begabung erfolgen. Gesellschaftliches Engagement und die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, sol-

len ebenso Berücksichtigung finden wie familiäre Herkunft oder ein eventueller Migrationshintergrund.

Frage 4 Welche Alternativen oder Ergänzungen zum vorliegenden Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht die Landesregierung, um die angestrebten Ziele zu erreichen:

- a) Mehr Studierenden ein Stipendium zu ermöglichen?
- b) Mehr Private zur Finanzierung von Stipendien zu bewegen?
- c) Die öffentlichen Mittel gezielt zur Förderung von bildungsfernen und bedürftigen Studierenden einzusetzen?
- d) Mehr Studierenden die Angst vor hoher Verschuldung am Ende ihres Studiums zu nehmen?

Siehe Antwort zu Frage 1.

Frage 5 Mit welchen Beträgen wird die Landesregierung die Komplementärfinanzierung für das nationale Stipendienprogramm sicherstellen und sind in der Haushaltsaufstellung 2011 bereits eigene Mittel für das nationale Stipendienprogramm enthalten?

Siehe Vorbemerkung.

Frage 6 Wie hoch schätzt die Landesregierung die Haushaltsausgaben des Landes jeweils in den Jahren 2010, 2011, 2012 und 2013 (bitte die Mittel für die Stipendien und für den Vollzugsaufwand getrennt ausweisen)?

Siehe Antwort zu Frage 5.

Frage 7 Wird die Landesregierung den nicht unerheblichen Mehraufwand der Hochschulen bei der Umsetzung des nationalen Stipendienprogramms durch höhere Zuweisungen finanziell ausgleichen?

Die Frage eines finanziellen Ausgleichs für den Mehraufwand der Hochschulen durch den Bund als Zweckausgaben der Auftragsverwaltung ist gegenwärtig Gegenstand von Beratungen.

Frage 8 Wird die Landesregierung die Hochschulen bei der Umsetzung des geplanten Gesetzes, beispielsweise durch die Vorgabe gewünschter Auswahlkriterien und -modalitäten, unterstützen?

Dies ist zunächst nach dem Gesetzentwurf möglicher Gegenstand einer Rechtsverordnung des Bundes. Ausweislich der Begründung des Gesetzentwurfs zu § 11

würde das Gesetz in Auftragsverwaltung nach Art. 85 i.V.m. Art. 104 a Abs. 3 Satz 2 des Grundgesetzes ausgeführt.

Daher bestünde mit Zustimmung des Bundesrats auch die Möglichkeit zum Erlass allgemeiner Verwaltungsvorschriften durch den Bund. Ob und inwieweit die Hochschulen darüber hinaus einer weiteren Unterstützung bei der Umsetzung des geplanten Gesetzes durch die Landesregierung bedürfen, kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht beantwortet werden.

Frage 9 Für wie realistisch hält die Landesregierung es in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, dass die Hälfte der Mittel für das Stipendienprogramm durch Private aufgebracht werden kann?

Prognosen können diesbezüglich nicht abgegeben werden. Eine Finanzierung durch die Wirtschaft und private Sponsoren ist grundsätzlich insofern mit Risiken behaftet, als insbesondere in Zeiten eines wirtschaftlichen Abschwungs zu befürchten ist, dass das finanzielle Engagement von Wirtschaft und privaten Sponsoren spürbar nachlässt.

Frage 10 Welchen Einbezug bzw. welche Inpflichtnahme der Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände hält die Landesregierung im Rahmen des nationalen Stipendienprogramms für erforderlich und befürchtet sie regionale Unterschiede?

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass die privaten Mittel von den Hochschulen eingeworben werden.

Ob und in welcher Weise die Landesregierung die Hochschulen bei dieser Aufgabe, ggfls. auch mit dem Ziel des Ausgleichs etwaiger regionaler Unterschiede, unterstützen könnte, müsste mit den Hochschulen erörtert werden.

Frage 11 Wird die Landesregierung die regionalen Unterschiede, die durch die eventuell unterschiedliche Beteiligung der Wirtschaft an den einzelnen Hochschulstandorten entstehen könnte, ausgleichen?

Nach § 15 des Gesetzentwurfs sieht es der Bund als eigene Aufgabe an, auf der Grundlage einer Evaluation etwaige Unterschiede an den Hochschulstandorten durch Ausgleichsmaßnahmen zu flankieren.

Frage 12 Wird die Landesregierung die Unterschiede, die durch die eventuell unterschiedliche Beteiligung der Wirtschaft an den einzelnen Studienrichtungen bzw. -fächern entstehen könnte, ausgleichen?

Nein.

Wiesbaden, den 16. Juni 2010

Kühne-Hörmann
Eva Kühne-Hörmann

Anlage

Internationale Kennzahlen
1 Studienanfänger *) und Anteil der Studienanfänger an der altersspezifischen Bevölkerung
1.1 Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung

Land des Erwerbs der HZB		Studienanfänger ¹⁾ (1. Hochschulsemester)						Anteil der Studienanfänger an der altersspezifischen Bevölkerung ²⁾					
		Deutsche und Ausländer			Deutsche			Deutsche und Ausländer			Deutsche		
		insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
		Anzahl						%					
Baden-Württemberg	2000	31 028	16 708	14 320	29 186	15 633	13 553	26,2	28,1	24,3	30,8	33,1	28,5
	2005	38 518	20 956	17 562	36 770	20 018	16 752	30,8	33,2	28,4	34,9	37,7	32,1
	2006	38 819	20 926	17 893	37 110	19 993	17 117	30,9	33,0	28,8	34,8	37,2	32,4
	2007	38 572	20 194	18 378	36 918	19 292	17 626	30,4	31,6	29,3	34,1	35,3	33,0
	2008	40 541	21 371	19 170	38 814	20 489	18 325	31,5	32,9	30,2	35,2	36,8	33,6
Bayern	2000	30 964	16 335	14 629	29 956	15 797	14 159	23,0	24,1	21,9	26,0	27,3	24,6
	2005	38 031	19 875	18 156	36 754	19 228	17 526	26,9	27,8	26,1	29,7	30,6	28,7
	2006	38 339	20 302	18 037	37 084	19 715	17 369	26,9	28,3	25,6	29,6	31,2	28,0
	2007	38 647	20 096	18 551	37 336	19 452	17 884	26,7	27,5	26,0	29,2	30,1	28,4
	2008	40 292	20 657	19 635	38 868	19 956	18 912	27,3	27,6	27,0	29,8	30,2	29,4
Berlin	2000	11 797	5 870	5 927	11 054	5 469	5 585	28,9	28,6	29,3	32,9	32,8	33,1
	2005	13 504	6 976	6 528	12 653	6 518	6 135	31,7	32,6	30,9	35,6	36,5	34,7
	2006	12 757	6 628	6 129	11 986	6 228	5 758	30,1	31,2	29,1	33,9	35,2	32,6
	2007	12 868	6 582	6 286	12 068	6 163	5 905	29,9	30,7	29,2	33,6	34,5	32,8
	2008	14 261	7 189	7 072	13 379	6 775	6 604	32,8	33,1	32,5	36,8	37,4	36,3
Brandenburg	2000	7 209	3 430	3 779	7 081	3 369	3 712	21,5	19,6	23,5	21,9	20,2	23,7
	2005	9 257	4 586	4 671	9 038	4 490	4 548	27,5	25,7	29,5	27,9	26,3	29,8
	2006	9 086	4 516	4 570	8 891	4 442	4 449	27,2	25,4	29,1	27,6	26,0	29,3
	2007	8 555	4 151	4 404	8 386	4 065	4 321	25,7	23,6	28,0	26,1	24,0	28,3
	2008	9 366	4 538	4 828	9 163	4 456	4 707	28,5	26,2	31,0	28,7	26,5	31,2
Bremen	2000	2 587	1 315	1 272	2 365	1 197	1 168	33,7	34,1	33,5	38,4	39,1	37,9
	2005	2 660	1 299	1 361	2 506	1 229	1 277	33,2	32,5	34,0	39,0	38,5	39,5
	2006	2 615	1 289	1 326	2 462	1 206	1 256	32,2	31,9	32,7	37,5	37,1	38,0
	2007	2 645	1 352	1 293	2 498	1 276	1 222	31,9	33,0	30,9	36,8	38,2	35,5
	2008	2 722	1 383	1 339	2 567	1 301	1 266	32,7	33,5	32,0	37,3	38,4	36,4
Hamburg	2000	6 104	3 177	2 927	5 551	2 878	2 673	30,5	31,5	29,5	36,5	38,7	34,5
	2005	6 780	3 558	3 222	6 228	3 297	2 931	31,7	33,5	30,1	36,1	38,9	33,6
	2006	6 478	3 416	3 062	5 980	3 162	2 818	30,5	32,5	28,8	34,7	37,3	32,3
	2007	6 831	3 809	3 022	6 330	3 560	2 770	32,1	36,0	28,5	36,2	41,3	31,6
	2008	7 827	4 340	3 487	7 308	4 071	3 237	36,4	40,8	32,4	41,2	46,7	36,3
Hessen	2000	18 759	9 773	8 986	17 378	9 010	8 368	28,3	29,5	27,2	32,3	33,6	31,1
	2005	23 745	12 699	11 046	22 139	11 860	10 279	35,5	37,7	33,6	39,4	41,7	37,2
	2006	23 058	12 032	11 026	21 465	11 189	10 276	34,6	35,9	33,4	38,1	39,3	36,9
	2007	22 518	11 761	10 757	20 916	10 918	9 998	33,6	35,0	32,3	36,7	38,0	35,4
	2008	23 066	11 831	11 235	21 470	10 993	10 477	33,8	34,6	33,2	36,9	37,6	36,3
Mecklenburg-Vorpommern	2000	5 591	2 624	2 967	5 498	2 556	2 942	22,3	19,9	24,7	22,4	20,0	25,0
	2005	6 108	2 998	3 110	5 935	2 866	3 069	25,3	23,5	27,1	25,4	23,2	27,5
	2006	5 895	2 876	3 019	5 692	2 720	2 972	24,4	22,6	26,3	24,3	22,1	26,6
	2007	5 875	2 898	2 977	5 695	2 778	2 917	24,3	22,8	26,0	24,2	22,5	26,1
	2008	6 237	3 038	3 199	6 087	2 938	3 149	26,2	24,1	28,5	26,3	24,0	28,7
Niedersachsen	2000	22 461	11 551	10 910	21 840	11 224	10 616	25,7	26,1	25,4	28,1	28,6	27,6
	2005	25 871	13 632	12 239	25 215	13 256	11 959	29,2	30,2	28,1	31,7	32,8	30,6
	2006	25 243	13 178	12 065	24 561	12 812	11 749	28,5	29,4	27,7	30,9	31,8	30,0
	2007	24 290	12 526	11 764	23 689	12 191	11 498	27,2	27,7	26,8	29,4	29,9	28,9
	2008	26 598	13 636	12 962	25 877	13 266	12 611	29,3	29,6	29,0	31,5	31,9	31,1
Nordrhein-Westfalen	2000	55 195	28 484	26 711	51 826	26 633	25 193	28,1	28,8	27,5	32,4	33,3	31,6
	2005	64 524	34 049	30 475	61 553	32 440	29 113	32,0	33,3	30,7	35,9	37,4	34,5
	2006	65 368	34 386	30 982	62 371	32 813	29 558	32,0	33,4	30,7	35,8	37,3	34,3
	2007	61 345	31 749	29 596	58 378	30 174	28 204	29,5	30,3	28,8	32,8	33,6	32,1
	2008	66 676	34 334	32 342	63 342	32 581	30 761	31,6	32,2	31,0	34,9	35,5	34,4
Rheinland-Pfalz	2000	10 330	5 419	4 911	9 868	5 155	4 713	23,7	24,6	22,8	25,8	26,8	24,7
	2005	13 465	7 104	6 361	12 949	6 815	6 134	29,6	30,7	28,5	31,7	32,7	30,7
	2006	13 265	6 793	6 472	12 800	6 563	6 237	28,8	29,1	28,5	30,8	31,1	30,5
	2007	13 355	6 576	6 779	12 876	6 342	6 534	28,3	27,7	29,0	30,1	29,4	30,9
	2008	14 146	7 139	7 007	13 659	6 880	6 779	29,4	29,6	29,4	31,4	31,4	31,4

*) Ohne Studienanfänger an Verwaltungsfachhochschulen.

1) Sommer- und vorhergehendes Wintersemester.

2) Es werden Quoten für einzelne Altersjahrgänge berechnet und anschließend aufsummiert (sog. "Quotensummenverfahren").

Internationale Kennzahlen
1 Studienanfänger *) und Anteil der Studienanfänger an der altersspezifischen Bevölkerung
1.1 Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung

Land des Erwerbs der HZB		Studienanfänger ¹⁾ (1. Hochschulsemester)						Anteil der Studienanfänger an der altersspezifischen Bevölkerung ²⁾					
		Deutsche und Ausländer			Deutsche			Deutsche und Ausländer			Deutsche		
		insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
		Anzahl						%					
Saarland	2000	3 011	1 593	1 418	2 932	1 542	1 390	26,7	28,4	25,2	30,1	31,8	28,4
	2005	3 727	1 960	1 767	3 598	1 885	1 713	32,3	33,0	31,5	35,5	36,1	34,9
	2006	3 880	2 030	1 850	3 738	1 949	1 789	33,3	34,2	32,3	36,4	37,2	35,5
	2007	3 780	1 929	1 851	3 647	1 858	1 789	32,2	32,2	32,2	35,2	35,0	35,3
	2008	3 882	1 956	1 926	3 741	1 891	1 850	32,7	32,3	33,2	35,6	35,1	36,1
Sachsen	2000	13 631	6 690	6 941	13 524	6 630	6 894	23,4	21,9	24,9	24,0	22,6	25,4
	2005	15 784	7 837	7 947	15 553	7 711	7 842	28,3	26,7	29,8	28,9	27,4	30,5
	2006	15 096	7 707	7 389	14 849	7 564	7 285	27,1	26,5	27,7	27,7	27,0	28,3
	2007	14 750	7 329	7 421	14 446	7 181	7 265	26,8	25,4	28,3	27,2	25,8	28,6
	2008	15 582	7 613	7 969	15 336	7 480	7 856	28,9	26,9	31,0	29,4	27,4	31,6
Sachsen-Anhalt	2000	8 134	3 762	4 372	7 956	3 633	4 323	23,9	21,3	26,8	24,0	21,2	26,9
	2005	9 440	4 722	4 718	9 015	4 443	4 572	28,9	27,3	30,5	28,5	26,7	30,4
	2006	8 922	4 387	4 535	8 512	4 138	4 374	27,5	25,6	29,4	27,0	25,1	29,1
	2007	8 437	4 099	4 338	8 134	3 894	4 240	26,1	24,1	28,2	26,0	23,8	28,3
	2008	10 682	4 835	5 847	10 292	4 613	5 679	33,8	29,0	39,0	33,5	28,6	38,8
Schleswig-Holstein	2000	7 023	3 854	3 169	6 853	3 762	3 091	23,7	25,4	21,9	25,5	27,3	23,6
	2005	8 199	4 379	3 820	7 941	4 236	3 705	27,8	29,4	26,2	29,4	30,9	27,8
	2006	8 185	4 286	3 899	7 929	4 144	3 785	27,7	28,8	26,5	29,2	30,3	28,1
	2007	8 054	4 219	3 835	7 840	4 107	3 733	26,8	28,0	25,7	28,3	29,5	27,1
	2008	8 442	4 391	4 051	8 212	4 258	3 954	27,3	28,2	26,4	28,7	29,6	27,9
Thüringen	2000	7 656	3 539	4 117	7 602	3 500	4 102	23,2	20,5	25,9	28,6	26,1	31,3
	2005	9 535	4 534	5 001	9 417	4 472	4 945	29,9	26,8	33,2	30,3	27,3	33,5
	2006	9 412	4 460	4 952	9 286	4 392	4 894	29,9	26,8	33,2	30,3	27,2	33,5
	2007	9 180	4 423	4 757	9 046	4 350	4 696	29,7	27,1	32,4	30,0	27,4	32,7
	2008	9 250	4 563	4 687	9 121	4 498	4 623	30,8	28,7	33,0	31,2	29,1	33,3
Deutschland 3)	2000	284 343	143 521	140 822	233 342	119 275	114 067	30,2	30,0	30,5	29,0	29,4	28,6
	2005	348 586	178 932	169 654	281 567	146 973	134 594	36,2	36,4	36,0	33,3	34,1	32,5
	2006	341 639	174 936	166 703	278 341	144 837	133 504	35,4	35,6	35,1	32,7	33,4	31,9
	2007	334 808	169 236	165 572	271 301	139 078	132 223	34,4	34,2	34,6	31,4	31,7	31,2
	2008	356 143	178 561	177 582	290 710	148 088	142 622	36,2	35,7	36,8	33,2	33,3	33,2
darunter:													
Stadtstaaten	2000	20 488	10 362	10 126	18 970	9 544	9 426	29,9	30,1	29,8	34,5	35,1	34,0
	2005	22 944	11 833	11 111	21 387	11 044	10 343	31,9	32,9	31,1	36,2	37,5	35,0
	2006	21 850	11 333	10 517	20 428	10 596	9 832	30,5	31,7	29,4	34,6	36,1	33,2
	2007	22 344	11 743	10 601	20 896	10 999	9 897	30,8	32,5	29,2	34,8	36,9	32,8
	2008	24 810	12 912	11 898	23 254	12 147	11 107	33,8	35,4	32,4	38,1	40,2	36,3
Flächenstaaten	2000	220 992	113 762	107 230	211 500	108 444	103 056	25,4	25,8	25,1	28,3	28,7	27,8
	2005	266 204	139 331	126 873	255 877	133 720	122 157	29,9	30,7	29,2	32,5	33,2	31,8
	2006	264 588	137 879	126 689	254 288	132 434	121 854	29,6	30,3	28,9	32,0	32,7	31,3
	2007	257 358	131 950	125 408	247 307	126 602	120 705	28,5	28,7	28,3	30,7	30,9	30,6
	2008	274 760	139 902	134 858	263 982	134 299	129 683	30,1	30,1	30,2	32,4	32,3	32,5
Stadtstaaten und Flächen- staaten zusammen.....	2000	241 480	124 124	117 356	230 470	117 988	112 482	25,8	26,1	25,5	28,7	29,1	28,3
	2005	289 148	151 164	137 984	277 264	144 764	132 500	30,1	30,9	29,4	32,8	33,6	32,0
	2006	286 418	149 212	137 206	274 716	143 030	131 686	29,7	30,5	29,0	32,3	33,0	31,5
	2007	279 702	143 693	136 009	268 203	137 601	130 602	28,7	29,1	28,5	31,1	31,3	30,8
	2008	299 570	152 814	146 756	287 236	146 446	140 790	30,4	30,5	30,4	32,8	32,9	32,8

*) Ohne Studienanfänger an Verwaltungsfachhochschulen.

2) Es werden Quoten für einzelne Altersjahrgänge berechnet und anschließend aufsummiert (sog. "Quotensummenverfahren").

1) Sommer- und vorhergehendes Wintersemester.

3) Einschl. Erwerb der HZB außerhalb Deutschlands und ohne Angabe.